

AN DIE WELTÖFFENTLICHKEIT

AUFRUF

Am 8. Dezember 1972 haben die israelischen Behörden im besetzten Palästina die Verhaftung einer Gruppe junger Araber und Juden bekannt gegeben, die der Sabotage und Spionage für Syrien beschuldigt wurden. Dies war für die Zeitungen, den Rundfunk und die zionistischen Publikationsorgane die Gelegenheit, Gerüchte zu verbreiten und diese Nachricht aufzubauschen. Damit sollte eine Atmosphäre der Hysterie geschaffen werden, günstig, um zum einen diese jungen Leute ohne Wissen der Weltöffentlichkeit zu verurteilen und zum anderen die abenteuerliche politische Anklage nach zionistischem und militärischem Recht unter dem Vorwand (es gehe um die) *Staatssicherheit* zu betreiben.

Am 12. Dezember veröffentlichte die israelische Zeitung HATSOFE folgende Meldung: *Der Leiter einer Polizei-Spezialeinheit in der Nordregion erklärte, diese jungen Leute hätten vorgehabt, eine Reihe prominenter israelischer Persönlichkeiten zu ermorden, die im Bereich Sicherheit und Verteidigung wichtige Positionen einnehmen, wie z.B. den Verkehrsminister Shimon Peres.* Am selben Tag schrieb die JERUSALEM POST: *Wie aus unterrichteten Kreisen verlautet, haben die Verschwörer die Weihnachtsnacht ausgewählt, um an mehreren Orten des Landes, die von Pilgern besucht werden, Anschläge zu verüben.* Dieselbe Meldung wurde auch am 8. Dezember 1972 um 22 Uhr von israelischen Rundfunk in Hebräisch ausgestrahlt.

Die zionistischen israelischen Zeitungen begannen in der Veröffentlichung von „sensationellen“ Neuigkeiten zu wetteifern, um damit zum einen das Ansehen der jungen Leute herabzusetzen und ihre Motive des Kampfes zu entstellen und zum anderen, um die öffentliche Meinung im In- und Ausland gegen sie aufzubringen. Zum Beispiel schrieb die Zeitung YEDIOT ABRONOT am 10. Dezember 1972: *Der Verantwortliche dieser Organisation außerhalb des Landes (Israel, Red.), Habib Kahwaji, war eines der gefährlichsten Mitglieder der Bewegung AL ARD; er ist ein fanatischer Nationalist und Nasser-Anhänger, der von der arabischen Vereinigung vom Atlantik bis zum Persischen Golf träumt; er hasst die Juden und sieht in Israel einen feindlichen Staat und eine ausländische Besatzungsmacht. Er hält seine Kameraden der Bewegung EL-ARD zur Wachsamkeit gegen den Kommunismus und die Kommunisten an.* Dies hinderte allerdings die israelischen Behörden nicht daran, in den Mitteilungen, die der Weltpresse über Habib Kahwaji gemacht werden, zu behaupten: *Daß er ein früheres Mitglied der KP Israels sei, daß er 1967 in Israel verhaftet und 1968 freigelassen wurde und das Land dann aus „freien Stücken“ verließ.*

Der Inhalt derartiger Anschuldigungen ist plumpe Verleumdung und zielt auf Folgendes ab:

1. Innenpolitisch: die linken jüdischen Kräfte einzuschüchtern und zu verhindern, daß sie den Weg Kahwajis einschlagen durch die Behauptung, er sei ein Nationalist, der die Juden haßt.
2. Außenpolitisch: Kahwaji als Linksradikalen und fanatischen Kommunisten hinzustellen, damit sich die westliche prozionistische Weltmeinung nicht mit dieser Bewegung beschäftigt und Israel weiterhin als Verteidiger dieses Teils der Welt gegen den Kommunismus erscheint.

Was die Verhaftung Kahwajis betrifft, handelt es sich um eine glatte Lüge, dazu bestimmt, die öffentliche Meinung zum Mitleid zu bewegen mit der *Großzügigkeit Israels, das die arabischen Gefangenen, die ihm Scherereien machen, freilässt.*

Tatsächlich wurde ich, solange ich mich in Israel aufhielt, mehrmals aufgrund „militärischer Ausnahmegesetze“ verhaftet, ohne formelle Anklage. Das letzte Mal wurde ich nach dem Junikrieg 1967 verhaftet: ich wurde mit meiner Frau in Polizeigewahrsam festgehalten und nach einem Jahr Gefangenschaft wurden wir aus unserer Heimat abgeschoben. Unsere Nationalität wurde uns gewaltsam aberkannt wegen meiner politischen Tätigkeit und nicht etwa wegen Spionage für einen arabischen Staat.

Einige Tage nach Veröffentlichung dieser Lügen begannen sowohl die israelischen Zeitungen als auch die zionistischen Behörden sich gegenseitig zu widerlegen. Sie hatten gemerkt, daß die von ihnen vorgebrachten Anschuldigungen gegen die gefangen—gehaltenen Mitglieder der Bewegung unhaltbar waren.

Am Dienstag, dem 12. Dezember 1972, verbreiteten die israelischen Zeitungen selbst Nachrichten, die faktisch ein Dementi dessen darstellten, was die Propagandaorgane und der israelische Rundfunk über die Gefangenen und ihre Pläne behauptet hatten. Die israelische Zeitung HAAREZ schrieb an diesem Tag: *Die Nachforschungen über die Angeklagten haben ergeben, daß sie bis zu ihrer Festnahme nicht im Besitz irgendeines Sabotageplanes waren oder Sprengstofflieferungen erhielten ... Die israelischen Sicherheitsorgane haben erklärt, daß die zahlreichen Berichte über die Nachforschungen falsch seien. Selbst gestern zirkulierte ein Gerücht, dessen Ursprung anscheinend bei der Polizei der Nordregion zu suchen ist; danach hätten die Mitglieder der GEMEINSAMEN ORGANISATION VON JUDEN UND ARABERN (des weiteren GOJA, Red.) die Absicht gehabt, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu ermorden, darunter Verteidigungsminister Moshe Dayan und Verkehrsminister Shiman Peres. Diese Nachricht wurde zweimal vom israelischen Rundfunk ausgestrahlt, bis angeordnet worden war, sie nicht mehr zu senden. Am Mittag erklärte der 2. Direktor Noril, daß die Mitteilung über die geplante Ermordung des Verteidigungsministers*

falsch war; die Polizeiführung hat sogar angeordnet, Ermittlungen einzuleiten, wie es zur Verbreitung dieser Nachricht kommen konnte.

Und die Zeitung fährt fort: *In diesem Zusammenhang muß gesagt werden, daß die Hauptermittlungen vom Sicherheitsdienst geführt werden und die Polizei nur Verdächtige festnimmt; die Polizei war überdies nur zwei Tage vor Beginn der Verhaftungen unterrichtet worden.*

Wie Sie sehen ist all das sehr befremdend. Der offizielle israelische Rundfunk verbreitet Lügen; von den Zeitungen werden Gerüchte verbreitet und als Tatsachen hingestellt, für die die Polizei der Nordregion – dem Norden des besetzten Palästinas – einsteht, und endlich stellt sich heraus, daß einzig die Sicherheitsorgane den wahren Sachverhalt kennen und nicht die Polizei. Dennoch fragen wir uns, wer hinter der Verbreitung solcher Gerüchte steckt, die von der Presse und dem israelischen Rundfunk aufgegriffen werden. Was steckt hinter dem Ganzen?

Erkennt denn die in- und ausländische Öffentlichkeit nicht, daß damit die Bestrafung dieser jungen Leute eingeleitet werden soll? Daß sie durch grausame Foltermethoden zu Geständnissen über Taten gebracht werden sollen, von denen sie nie etwas gewußt haben?

Darüberhinaus sind die israelischen Behörden dazu übergegangen, Freunde der Verhafteten festzunehmen, sowie sämtliche Personen, mit denen sie in vertraulichen politischen Beziehungen standen – sie sind ins Gefängnis geworfen und gefoltert worden, damit sie Geständnisse ablegen ...

Das ganze „Verbrechen“ dieser jungen Leute besteht darin, daß sie von fortschrittlichen Ideen erfüllt sind – die aggressive und expansionistische, zionistische Politik ablehnen, die mit dem amerikanischen Imperialismus verbündet ist – und daß sie für Gerechtigkeit, Recht, Frieden und eine bessere Zukunft kämpfen.

Wer also sind diese jungen Leute, die die israelische Presse als *geheime Bewegung* bezeichnet hat? Es sind junge Araber und Juden im besetzten Palästina, Zeugen der Politik Israels und der kriminellen Taten, die von den Behörden in den besetzten Gebieten nach dem Juni 1967 begangen wurden. Sie sind sich der israelischen Verfolgung seit 1948 ebenso bewußt wie der vom zionistischen Kapital und der israelischen Bürokratie ausgeübten Ausbeutung der jüdischen Arbeiterklasse und der orientalischen Juden.

Diese Gefangenen haben an die Gerechtigkeit der palästinensischen Sache geglaubt und sich fortschrittliche sozialistische Gedanken zu eigen gemacht, die

falsch war; die Polizeiführung hat sogar angeordnet, Ermittlungen einzuleiten, wie es zur Verbreitung dieser Nachricht kommen konnte.

Und die Zeitung fährt fort: In diesem Zusammenhang muß gesagt werden, daß die Hauptermittlungen vom Sicherheitsdienst geführt werden und die Polizei nur Verdächtige festnimmt; die Polizei war überdies nur zwei Tage vor Beginn der Verhaftungen unterrichtet worden.

Wie Sie sehen ist all das sehr befremdend. Der offizielle israelische Rundfunk verbreitet Lügen; von den Zeitungen werden Gerüchte verbreitet und als Tatsachen hingestellt, für die die Polizei der Nordregion – dem Norden des besetzten Palästinas – einsteht, und endlich stellt sich heraus, daß einzig die Sicherheitsorgane den wahren Sachverhalt kennen und nicht die Polizei. Dennoch fragen wir uns, wer hinter der Verbreitung solcher Gerüchte steckt, die von der Presse und dem israelischen Rundfunk aufgegriffen werden. Was steckt hinter dem Ganzen?

Erkennt denn die in- und ausländische Öffentlichkeit nicht, daß damit die Bestrafung dieser jungen Leute eingeleitet werden soll? Daß sie durch grausame Foltermethoden zu Geständnissen über Taten gebracht werden sollen, von denen sie nie etwas gewußt haben?

Darüberhinaus sind die israelischen Behörden dazu übergegangen, Freunde der Verhafteten festzunehmen, sowie sämtliche Personen, mit denen sie in vertraulichen politischen Beziehungen standen – sie sind ins Gefängnis geworfen und gefoltert worden, damit sie Geständnisse ablegen ...

Das ganze „Verbrechen“ dieser jungen Leute besteht darin, daß sie von fortschrittlichen Ideen erfüllt sind – die aggressive und expansionistische, zionistische Politik ablehnen, die mit dem amerikanischen Imperialismus verbündet ist – und daß sie für Gerechtigkeit, Recht, Frieden und eine bessere Zukunft kämpfen.

Wer also sind diese jungen Leute, die die israelische Presse als *geheime Bewegung* bezeichnet hat? Es sind junge Araber und Juden im besetzten Palästina, Zeugen der Politik Israels und der kriminellen Taten, die von den Behörden in den besetzten Gebieten nach dem Juni 1967 begangen wurden. Sie sind sich der israelischen Verfolgung seit 1948 ebenso bewußt wie der vom zionistischen Kapital und der israelischen Bürokratie ausgeübten Ausbeutung der jüdischen Arbeiterklasse und der orientalischen Juden.

Diese Gefangenen haben an die Gerechtigkeit der palästinensischen Sache geglaubt und sich fortschrittliche sozialistische Gedanken zu eigen gemacht, die

sich zusammenfassen lassen im Aufruf zur Vernichtung des Zionismus, dem größten Hindernis für das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung. Durch einen langen und schwierigen Kampf soll ein freier und vom Zionismus befreiter palästinensischer Staat errichtet werden, in dem es keine Diskriminierung der Nation, Rasse, Religion oder Klasse geben wird. Er wird integraler Bestandteil einer fortschrittlichen, sozialistischen arabischen Vereinigung sein, die der Welt auf menschliche Art geöffnet ist und gegen die Kräfte des Imperialismus und der Ausbeutung kämpft.

Warum werden sie von den israelischen Behörden gefoltert? Da es nicht gelang, bei den Gefangenen ein Indiz oder einen Beweis der Schuld zu finden – man hat keine Waffen bei ihnen gefunden: wie hätten sie, zwei Wochen vor Weihnachten, ihren „schrecklichen“ Plan ausführen können, da sie noch gar keine Waffen hatten? – , sind die israelischen Behörden zu ihren barbarischen Nazi-Foltermethoden zurückgekehrt. Die Beschuldigten sollten falsche Geständnisse ablegen, die sie belasten würden. Es ist bekannt, daß die Gerichte in Israel keine Geständnisse anerkennen, die vor dem Richter gemacht werden; man begnügt sich mit denen, die vor der Polizei unter dem Eindruck der Folter gemacht werden.

Die Gefangenen sind auf folgende Weise gefoltert worden:

1. Sie wurden am ganzen Körper geschlagen
2. Sie wurden gezwungen, sich auszuziehen und mußten völlig nackt auf dem mit Wasser bedeckten Boden ihrer Zelle schlafen
3. Die empfindlichen Körperteile wurden Elektroschocks ausgesetzt
4. Man hetzte Polizeihunde auf die Gefangenen
5. Sie wurden gezwungen, stundenlang auf einem Tisch zu stehen und mußten sich gegenseitig beschimpfen
6. Man drohte, sie zu töten, ebenso ihre Familienangehörigen

Um vor der Öffentlichkeit die Spuren der Foltern zu verbergen, wurden sie in ihren Zellen festgehalten: man ließ den Richter Miriam Wadleuski ins Gefängnis kommen, um ihre Haftbefehle zu erneuern.

Darüberhinaus wurden Freunde, Bekannte und Familienangehörige der Gefangenen gefoltert, um sie zu zwingen, Taten zu gestehen, die sie nicht begangen haben und um ihr Leben durch jahrelange Haft zu zerstören.

Angesichts dieser Lage haben es Persönlichkeiten mit demokratischer, nationaler und sozialistischer Einstellung, Araber wie Juden, unternommen, die Angeschuldigten zu verteidigen und ihren Folterungen in den israelischen Gefängnissen ein Ende zu setzen. Unter diesen Persönlichkeiten befinden sich Anwälte, Ärzte, Parlamentsabgeordnete, Schriftsteller, Dichter, Genossinnen und Genossen. Diese insgesamt 116 Personen haben unter der Überschrift „WIR KLAGEN AN“ einen

Aufruf unterzeichnet und eine Kampagne zur Verteidigung der Gefangenen begonnen.

Wir geben die französische und englische Übersetzung dieses Aufrufs wieder, ebenso eine Photokopie des Aufrufs, wie er am 12. Januar 1973 auf Hebräisch von der israelischen Zeitung HAAREZ veröffentlicht wurde (s., „Wir klagen an“).

Wir fordern Sie auf, sich an der Kampagne zur Befreiung der inhaftierten Genossen zu beteiligen: um sie von der Folter und aus dem Gefängnis zu befreien und um die Grausamkeit und Brutalität der israelischen Behörden vor der Weltöffentlichkeit anzuklagen. Dies kann mit folgenden Mitteln erreicht werden:

- 1. Die genauen Ziele der Bewegung müssen der breitesten Weltöffentlichkeit bekannt gemacht werden.**
- 2. Durch Veröffentlichung von Informationen in der Weltpresse über die Foltern, denen die Inhaftierten ausgesetzt sind; vor allem Veröffentlichung in fortschrittlichen und demokratischen Publikationsorganen, die das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung unterstützen.**
- 3. Verteidigung der Inhaftierten sowohl vor den israelischen Gerichten, als auch durch Bekanntmachung ihres Falls vor Anwaltsvereinigungen in aller Welt.**
- 4. Anrufung der internationalen Menschenrechts-Kommission und anderer internationaler Instanzen, damit so schnell wie möglich eine Untersuchungskommission gebildet wird.**
- 5. Bildung von Komitees, die Protestschreiben an die israelischen Behörden richten mit der Forderung nach Beendigung der Foltern und Aufhebung der Haft.**
- 6. Ausschöpfung aller Mittel, die geeignet sind, die Verteidigung und Freilassung der Inhaftierten zu sichern.**

Auf diese Weise können Sie für die Gerechtigkeit eintreten und den Kampf unserer inhaftierten Brüder unterstützen, deren Widerstand und Entschlossenheit in den Gefängnissen des Feindes beispielhaft ist.

ES LEBE PALÄSTINA

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

REVOLUTION BIS ZUM SIEG

Habib Khawaji

CHRISTIAN REVON, RECHTSANWALT AM PARISER GERICHTSHOF,

berichtet über seine Untersuchungen in Haifa, vom 13. bis 23.3.1973

C. Revon wurde von der MILAR (Mouvement Internationale de Lutte Anti-Rassiste; Internationale Vereinigung des antirassistischen Kampfes) und vom „Mouvement d'Action Judiciaire“ beauftragt, in der Zeit vom 13. bis 23. März nach Israel zu fahren und dort Informationen zu sammeln, um dann über die Prozeßführung berichten zu können. Auf der am 5. April 1973 in Paris abgehaltenen Pressekonferenz hat Herr Revon im Wesentlichen folgendes mitgeteilt:

Anfang Dezember 1972 wurden in Haifa und in Tel-Aviv etwa 100 Personen, Juden und Moslems, verhaftet. Zwei Wochen später wurden 33 Personen, darunter 6 Juden, unter Anklage gestellt. Am 25. Februar 1973 wurde einer ersten Gruppe von 6 Angeklagten vor dem Gerichtshof in Haifa der Prozeß gemacht. Daud Turki, Ehud Adiv, Sobhi Na'rani, Anis Karawi, Dan Vered und Simon Haddad wurden für schuldig befunden, Mitglieder einer illegalen Organisation – eines Spionageringes – zu sein und wurden am 25. März 1973 verurteilt: Turki und Adiv zu je 17 Jahren Gefängnis, Na'rani und Karawi zu je 15 Jahren, Dan Vered zu 10 Jahren, Simon Haddad zu 5 Jahren.

Am 2. und 4. April wurden vom selben Gericht Yusef Nassar und acht andere Araber abgeurteilt. Ein von der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen beauftragter französischer Beobachter nahm an dem Prozeß teil. Eine dritte Gruppe – unter ihnen Chawki Khatib – wird in der Zeit vom 25. April bis 23. Mai vor Gericht stehen; eine vierte Gruppe, unter ihnen Ghassan Egbari und Rami Livne – Sohn des Rakah-Abgeordneten in der Knesseth, Abraham Livne – in der Zeit vom 20. bis 28. Mai 1973.

Die Juristischen Grundlagen der Strafverfolgung:

Als juristische Grundlage der Strafverfolgung dienen zwei Ausnahmegesetze (vgl. Anhang):

Die „Defense Emergency Regulations“ (Notstandsgesetzgebung 1929 – 1945) wurden während der Mandatszeit von den Briten gegen die Araber benutzt und hatten die juristische Grundlage für eine Militärregierung abgegeben. Während eines kurzen Zeitraums kamen sie auch gegen extremistische Juden zur Anwendung – IRGUN und GRUPPE STERN – . (1)

Die Versammlung hebräischer Juristen tagte am 7. Februar 1946 in Tel-Aviv. Dabei verurteilte sie die „Defense Emergency Regulations“, da sie *die Bürger*

ihrer fundamentalen Rechte beraube. Die Grundlagen von Recht und Gesetz würden unterminiert und Freiheit und Leben jedes Einzelnen durch Errichtung eines Willkürregimes bedroht. Es wurde die Aufhebung dieser Gesetze verlangt. Es waren 400 Juristen versammelt, unter ihnen Dunkelblum – später zum Mitglied des Hohen Israelischen Gerichtshofes ernannt – und Shapira – später Generalstaatsanwalt und Justizminister.

– Das Staatssicherheitsgesetz (1936 – 1957) bezieht sich auf Delikte wie Landesverrat und Spionage. Während des Prozesses gegen Ahron Cohen 1964 wurde es heftig kritisiert. Vor einer entsprechenden Abänderung hatte dieses Gesetz bestimmt: Der Beschuldigte muß den Beweis erbringen, daß sein Kontakt mit einem Ausländer keinen Akt von Landesverrat darstellt. Normalerweise muß, umgekehrt, dem Angeklagten die Schuld nachgewiesen werden.

Die Untersuchung, die Rechte der Verteidigung, Folter, die Gerichtsverhandlung

Im Januar 1973 berichtete die Presse von Folterungen der Inhaftierten, besonders an Sobhi Na'rani, Chawki Khatib, Rami Livne, Meli Lermann, Dan Vered und Achmed Chabbari. Die israelische Regierung weigert sich, eine Untersuchungskommission einzusetzen, die von Abraham Livne und Felicia Lamger, Anwältin von Meli Lermann, gefordert worden war. Erklärungen der Gefangenen sowie ihrer Familien und die Beschwerden der Anwälte räumen aber jeden Zweifel an der Tatsache der Foltern aus. Unzureichend blieben die Erklärungen von Polizeiminister Shlomo Hillel, die Gefangenen seien nicht gefoltert worden. Ebenso die übliche Argumentation, es handele sich um einen Trick der Verteidigung. Dazu folgende Beobachtungen:

1. Die Art und Weise der Untersuchung war ein einigen Gefangenen unangemessen, obwohl sie der Notstandsgesetzgebung entsprachen. Daud Turki zum Beispiel war in der Zeit vom 6. Dezember 1972 bis 21. Januar 1973 von jeglichem Kontakt zur Außenwelt abgeschnitten. Einzige Ausnahme waren die wenigen Minuten, in denen er seinem Anwalt die Vollmacht erteilte. Alle Anträge des Anwalts auf Besuchsgenehmigung wurden bis zum 21. Januar abgelehnt mit der Begründung: *Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.*
2. Die Tatsache, daß der Haftbefehl alle 14 Tage von einem Richter erneuert werden muß, stellt überhaupt keine ausreichende Garantie dar. *Die Gefangenen können sich doch beim Haftprüfungstermin über Folterungen durch die Vernehmungsbeamten beklagen* – um dann wieder 14 Tage isoliert und in der Hand dieser Vernehmungsbeamten zu sein !
3. Die Rollenteilung zwischen den Sicherheitskräften, die *nur vernehmen*, und der Polizei, die nur protokolliert, läßt alles legal erscheinen: für Polizei wird bezeugen, daß die Aussage ohne jede Gewaltanwendung zustande kam.

4. Die israelischen Behörden ließen mich nicht zu den Gefangenen. Zwar lief die Gerichtsverhandlung ganz „normal“ ab; die gewünschte Öffentlichkeit war da (Fernsehen). Aber trotz all dem kamen die Untersuchungsmethoden der Sicherheitskräfte zum Vorschein.

Der politische Charakter des Prozesses

Aus allem geht hervor, daß diese Männer nur ihrer Ideen wegen verfolgt wurden, und daß der ganze Prozeß eine bestimmte politische Absicht verfolgte:

a) Die politischen Überzeugungen der Angeklagten wurden von ihnen klar formuliert, trotz des Drucks, der Widerrufe, der Geständnisse und der unpolitischen Plädoyers.

Die Plattform des Revolutionären Kommunistischen Bundes ROTE FRONT erklärt die Position und die Ziele einiger der Gefangenen: *Unser Standpunkt basiert auf dem Marxismus–Leninismus und dem proletarischen Internationalismus. Solidarität mit den unterdrückten Völkern in aller Welt gegen ihre Unterdrücker, gleich ob Feudalisten, Bourgeoisie oder Bürokraten, gleich ob deren Autorität sich herleitet von Gott, der Nation, der Freiheit oder irgendeiner besonderen Form des Sozialismus herleitet. Solidarität mit diesen ausgebeuteten Massen in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus.*

b) Es ist klar, daß die israelische Regierung eine solche Position nicht dulden konnte. Es ging darum, sie zu zerstören, indem man den Inhalt entstellte.

* Eine hysterische Pressekampagne folgte den Verhaftungen im Dezember 1972: Man redete von: *Massakern, die angeblich an den zur Weihnachtszeit kommenden Pilgern geplant waren* – Generäle, Minister usw. sollten angeblich ermordert werden.

* Der Prozeß sollte großes Aufsehen erregen. 30 Personen sollte die Mitgliedschaft in einem Spionagenetz nachgewiesen werden, was der Anklage äußerst schwer fiel.

* Es wurde von einem *Spionage- und Sabotagerring* gesprochen, ohne daß es ein einziges Attentat gegeben hätte, ohne daß Waffen oder Sprengstoffe gefunden wurden. Die *Spionage* bezog sich nur auf Informationen, die sowieso gekannt sind. Die einzigen *Beweise* dieses Prozesses sind die Aussagen von Polizeibeamten und die *Geständnisse* der Inhaftierten.

c) Der israelische Staat führte eine gelungene politische Operation durch:

* Systematischer Angriff auf alle Parteien und Gruppierungen der extremen Linken zum Zeitpunkt der heranrückenden Wahlen im Oktober 1973.

*** Ablenkung von den seit Jahren bestehenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Problemen.**

Deshalb:

Hier wird einer sich im Aufbau befindlichen revolutionären Organisation der Prozeß gemacht, sie soll zu einem Spionagering abgestempelt werden.

(1) Die zionistischen Kampfverbände hatten jahrzehntelang die arabischen Einwohner Palästinas verfolgt. In den letzten Jahren des britischen Mandats über Palästina, „als die Zionisten die britische Militärhilfe nicht mehr benötigten, wandten sie sich nun auch gegen ihre eigenen Schutzherren, um ihren Anspruch auf einen eigenen ‚Judenstaat‘ durch den gewaltsamen Konflikt mit der Mandatsmacht zu verwirklichen“ (Walter Hollstein, „Kein Frieden um Israel“, Fischer; Taschenbuch 1972, S. 129). Zu den dabei eingesetzten Terrororganisationen gehörten die „Gruppe Stern“ und „Irgun Zwei Leumi“.

ERKLÄRUNGEN DER ANGEKLAGTEN

VORBEMERKUNG

Am 25. Februar 1973 begann in Haifa der Prozeß gegen eine erste Gruppe der GOJA. Angeklagt waren 33 Mitglieder der Organisation: arabische und jüdische Arbeiter, Bauern und revolutionäre Intellektuelle. Die israelischen Sicherheitsorgane bereiteten die Öffentlichkeit auf eine regelrechte Menschenjagd vor, der die Mitglieder und Sympatisanten der GOJA zum Opfer fielen. Letzlich sollten damit aber auch alle Gruppierungen innerhalb jüdisch-arabischen demokratischen Bewegung im besetzten Palästina getroffen werden.(1)

Diese Verhaftungs- und Beschuldigungswelle kommt in einem Augenblick der zugespitzten ökonomischen, sozialen und ideologischen Krise der israelischen Gesellschaft, die sich in einer Verschärfung der Klassenkämpfe zeigt. Hysterisch versuchen Presse und offizielle Informationsorgane, der israelischen Öffentlichkeit die GOJA als ein *syrisches Spionagenetz* zu verkaufen. Um die Bevölkerung zu erschrecken, machten die israelischen Politiker einen großen Wirbel um die Sache. Die gesamte Reaktion des israelischen Staatsapparates zeugt von der Furcht hoher israelischer Stellen (2) vor solchen Bewegungen, deren Ziel die Untergrabung der eigentlichen Grundlagen des zionistischen Staates ist: Vertreibung und Besetzung, ideologische, politische, rassische, nationale und religiöse Diskriminierung (3).

Zum ersten Mal sahen sich die zionistischen Behörden einer jüdisch-arabischen Organisation gegenüber, wo die Einheit unter den jüdischen und arabischen Mitgliedern auf einer Strategie basierte, deren Ziel die gewaltsame Zerstörung des Staates Israel ist. Dieser Staat ist die Speerspitze des amerikanischen Imperialismus im Nahen Osten und basiert auf Vertreibung und Kolonialismus. Statt seiner soll eine neue Gesellschaft errichtet werden, die von allen imperialistischen Einflüssen und jeder sozialen Ausbeutung frei ist.

Nach dem Aggressionskrieg 1967 wurden sich einige Juden über die rassistische und expansionistische Natur des zionistischen Staates klar. Als Reaktion auf die ihrer Meinung nach falsche Politik der KP Israels und der Neuen israelischen Linken bildete sich eine gemeinsame Organisation von Juden und Arabern. Sie setzte sich klar von der reformistischen und pro-zionistischen Linie der KP Israel, wie auch von der opportunistischen Linie innerhalb der Neuen israelischen Linken ab (4).

Die GOJA lehnt die Formen des legalen Kampfes im Rahmen des zionistischen Systems ab. Sie benutzt clandestine und halblegale Kampf- und Organisationsformen, um diese Legalität zu zerstören und das System zu stürzen.

(2) Am Montag, dem 11.12.1972 erklärte Shlomo Hilel, der Polizeiminister im Rundfunk: „Der vor einigen Tagen aufgedeckte Spionagering stellt eine beunruhigende Erscheinung dar ... Es ist in der Tat das erste Mal, daß Juden und israelische Araber sich zusammengeschlossen haben, um Spionage; und Sabotageakte zu unternehmen ...“

(3) vgl. die Erklärungen von Turki und Adiv

(4) Die GOJA ist gemeinhin in der Presse „Rote Front“ genannt worden. Tatsächlich gehörten einige Juden, die heute bei der GOJA sind und deshalb angeklagt werden, früher zur KOMMUNISTISCHEN REVOLUTIONÄREN ALLIANZ – ROTE FRONT, einer aus einer Abspaltung von MATZPEN hervorgegangenen Organisation.

(5) Laizismus: Forderung nach der Freiheit des öffentlichen Lebens von jeder religiösen Bindung.

(6) aus „Falastine Al;Thaura“, Organ der PLO (Palestinian Liberation Organisation, die Dachorganisation der palästinensischen Befreiungsbewegungen).

UNTERDRÜCKUNG UND FOLTER

UNTERDRÜCKUNG UND EINHEITSFRONT IN ISRAEL

Dokument über die Einheitsfront gegen die Unterdrückung in Israel – erschienen in der Zeitung MATZPEN

Die Verhaftung des sogenannten *Spionage- und Sabotagenetzes* war ein Zeichen für die Entschlossenheit des israelischen Regimes, gegen die gesamte antizionistische Linke einen ernsthaften Schlag zu führen. Die schweren Strafen, zu denen die bereits abgeurteilten Angeklagten verurteilt wurden, und das angesichts der Tatsache, daß der Prozeß deutlich gezeigt hat, daß es sich hierbei weder um Spionage noch um Sabotage handelt, haben diese Annahme nur bestätigt. Neue Schritte in der Unterdrückung der außerparlamentarischen Opposition haben nicht auf sich warten lassen, und man kann heute sagen, daß die Regierung eine umfassende Unterdrückungs-Kampagne einleiten will.

Wie immer im zionistischen Staat richten sich die Unterdrückungsmaßnahmen zuerst gegen die arabische Bevölkerung. Seit einigen Monaten haben die *plötzlichen* Durchsuchungen, die Beamte des Sicherheitsdienstes mitten in der Nacht bei arabischen Genossen, ihren Freunden und Familien durchführten, stark zugenommen und mit ihnen verschiedene Maßnahmen, durch die sie dazu gezwungen werden sollen, sich jeder weiteren politischen Aktivität zu enthalten. Am 4. Mai 1973 wurden zehn Genossen aus dem arabischen Dorf Tira verhaftet, darunter mehrere aktive Sympatisanten der israelischen sozialistischen Organisation MATZPEN-MARXISTEN. Unter ihnen befindet sich auch Said Atili, Sekretär der ARABISCHEN STUDENTENVEREINIGUNG von Tel-Aviv, Ruchdi Haski, der inzwischen bereits mehrere Monate ohne Gerichtsurteil eingekerkert ist. Die Namen dieser Genossen sollen in den *Dokumenten von Beirut* gestanden haben, die bei dem israelischen Überfall auf die Zentren des palästinensischen Widerstandes in Beirut beschlagnahmt wurden. Es ist offensichtlich, daß man heute jeden unter dem Vorwand verhaften kann, sein Name stehe in diesen sogenannten Dokumenten. Tatsächlich wurden die Verhafteten über nichts anderes befragt als über ihre politischen Aktivitäten in der ARABISCHEN STUDENTENVEREINIGUNG sowie der Vereinigung der arabischen Hochschullehrer und über ihre Verbindungen mit der Organisation MATZPEN. Obwohl es keine Beweise gegen sie gab, drohten die Autoritäten ihnen die Fortdauer der Haft für ein Jahr an. Es ist klar, daß es sich hier um eine Drohung handelte, um sie zur Beendigung ihrer politischen Aktivitäten zu zwingen.

Auch in Jerusalem wird gegen die ARABISCHE STUDENTENVEREINIGUNG vorgegangen. Als die arabischen Studenten ein meeting gegen die Enteignungen

durchführen wollten, wurde ihnen ein Raum verweigert. Beim Verteilen eines Flugblattes wurden sie vom Wachdienst der Universität zusammengeschlagen, und dem Präsidenten, Mohamed Na'Amni, wurden Sanktionen angedroht. Immer noch ist an der Universität Jerusalem ein Plakat zu sehen, das angeblich von Sia'h und MATZPEN zu den Universitätswahlen angeklebt worden sein soll, und das eine einzige antijüdische Provokation darstellt.

Heute ist es die oppositionelle Presse, die angegriffen wird. Der Herausgeber von EL FA'JAR, einer legalen Zeitung, die in den besetzten Gebieten herausgegeben wird, wurde wegen eines Artikels verhaftet, der die Empörung aller Palästinenser nach dem kriminellen Überfall auf die palästinensischen Organisationen im Libanon ausdrückte. Nun haben sich die zionistischen Behörden zwei oppositionelle Informationsbulletins vorgenommen, die in englischer Sprache erscheinen: ISRALEFT und VIEW-PIONT, und außerdem die Zeitung MATZPEN, der das Verbot angedroht wird und bei deren letzter Nummer mehrere Artikel zensiert wurden.

Fügt man zu all diesem noch die Einkerkierung von Soldaten, die sich weigern, in den besetzten Gebieten zu dienen – die brutale Unterdrückung einer Demonstration liberaler Studenten, die sich gegen die Militärparade am Unabhängigkeitstag gewandt hatten – die Verhaftung zweier Maoisten, denen vorgeworfen wird, im Besitz *verbotener Zeitungen* gewesen zu sein – den neuen Versuch die Aktivitäten der LIGA FÜR MENSCHENRECHTE zu verhindern – hinzu, so wird klar, daß es sich nicht um *Ausrutscher* handelt, sondern ein neues Stadium der Politik der Unterdrückung. Diese neue Politik wird diktiert durch die reale Gefahr, die heute die Organisationen der extremen Linken darstellen und die in gar keinem Verhältnis steht zu der Zahl ihrer Mitglieder. Eigentlicher Hintergrund ist die Radikalisierung der israelischen Arbeiterklasse in einer politischen Situation, wo es immer schwieriger wird, die Kämpfe unter dem Vorwand der *nationalen Sicherheit* zu bremsen.

In einem solchen Zusammenhang wird die Bildung der Einheitsfront der Organisationen, die den Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt sind, zur dringenden Aufgabe. Gleich nach der Verhaftung des *Spionagenetzes* von Haifa haben wir alle diese Organisationen aufgerufen, sich im Kampf gegen die Unterdrückung zu vereinigen. Bedauerlicherweise haben SIA'H und die KP (RAKA'H) nicht begriffen, daß es in ihrem Interesse ist, sich an dieser Einheitsfront zu beteiligen,; sie zogen es vor, sich von den anderen Organisationen zu distanzieren, in der falschen Hoffnung, die Machthaber würden sie dann schonen. Diese Hoffnung wurde sofort durch die Wirklichkeit zunichte gemacht (mehrere Mitglieder der RAKA'H sind verhaftet worden). Bedauerlich ist auch die liquidatorische Haltung der lokalen lambertistischen Gruppe, die mehrere Male versucht hat, die Front zu sabotieren. Unter dem Druck ihrer eigenen Genossen mußte sie sich aber zumindest formal wieder in den gemeinsamen Kampf einreihen.

Mehrere Flugblätter wurden verteilt und eine Petition in der Presse veröffentlicht, von mehr als 150 Personen unterzeichnet. Ein meeting wurde organisiert, an dem sich mehr als 250 Personen beteiligten. Die Einheitsfront hat nun begonnen, eine Broschüre über den Prozeß von Haifa herauszugeben und eine Kundgebung vor dem Gericht in Haifa zu organisieren, wo die dritte Gruppe der Angeklagten abgeurteilt wurde. Diese Kundgebung an der sich 500 Personen beteiligten, wurde von der Polizei aufgelöst. 16 Teilnehmer wurden verhaftet und erst aufgrund ihrer Beschwerden gegen eine Kaution von fast 4.000 isrl.£ nach sechs Tagen freigelassen. Ihr Prozeß soll am 17. Mai stattfinden, und sie haben schwere Strafen, sogar Gefängnis zu erwarten.

Zusätzlich zu den direkt mit dem *Prozeß von Haifa* verbundenen Aktivitäten hat die Einheitsfront eine Kampagne an der Universität von Jerusalem organisiert, um hier die elementarsten Freiheiten wieder herzustellen (Versammlungsfreiheit, das Recht Flugblätter ohne vorherige Zensur durch die Universitätsbehörden zu verteilen, sowie politische Zeitschriften zu verkaufen usw.). Sie hat außerdem unter den Parolen *Nieder mit der Okkupation* und *Arbeitermacht* als einheitlicher Block innerhalb des Demonstrationzuges der SCHWARZEN PANTHER am 1. Mai demonstriert. Die SCHWARZEN PANTHER hatten, im Gegensatz zur RAKA'H, eine einheitliche Demonstration akzeptiert.

Für den kommenden Monat bereitet die Einheitsfront eine Reihe von meetings und Kundgebungen gegen die Unterdrückung und für die Befreiung aller politischen Gefangenen vor. Die ARABISCHER STUDENTENVEREINIGUNG von Jerusalem, die der Einheitsfront angehört, ist dabei, eine permanente Zusammenarbeit der arabischen Studentenvereinigungen in die Wege zu leiten.

Alle diese Aktivitäten sollen in eine große gemeinsame Kundgebung zum Jahrestag des Krieges von 1967 münden, die unter den Parolen stehen soll: *Schluß mit der Unterdrückung* und *Nieder mit der Okkupation*.

Die Einheitsfront hat außerdem die juristische Verteidigung der politischen Gefangenen und die Unterstützung ihrer Familien übernommen: zu diesem Zweck wurde ein Hilfsfond eingerichtet, für den aus Israel selbst und aus dem Ausland schon mehrere tausend Pfund eingegangen sind. Die schweren Geldstrafen, die die Demonstranten von Haifa zu erwarten haben, erfordern besondere finanzielle Anstrengungen.

Angesichts der neue Unterdrückungswelle durch die zionistischen Machthaber haben sich die revolutionären Organisationen zusammengeschlossen und damit klar ausgedrückt, daß sie auf alle Liquidationsversuche mit verdoppelter Aktivität antworten werden. Der zionistische Staat bedarf, mehr als jeder andere Staat, der Unterstützung durch die weltweite Reaktion. Auch die israelischen Revolutionäre brauchen die internationale Unterstützung durch die revolutionären

Kräfte. Die Rolle des Gendärmen des Imperialismus, die Israel im Nahen Osten spielt, geht die Genossen auf der ganzen Welt an, und der Angriff auf die anti-zionistischen Revolutionäre betrifft die revolutionäre Bewegung insgesamt. Wir brauchen die politische, moralische und materielle Unterstützung aller Genossen und revolutionärer Organisationen.

FREIHEIT FÜR SAID UND SEINE KAMERADEN !

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN !

FREISPRUCH FÜR ALLE AUS POLITISCHEN GRÜNDEN ANGEKLAGTEN !

**ES LEBE DIE EINHEITSFRONT GEGEN DIE ZIONISTISCHE UNTER -
DRÜCKUNG !**

ZU DEN FOLTERUNGEN

Wir klagen an

Wir klagen die israelischen Behörden und die Geheimpolizei der Folter an folgenden israelischen Bürgern an:

Hassan Agbarye (Oum Fa'hm)
Salah Jabrin (Oum Fa'hm)
Mohammed Dassuki (Taibe)
Simon Haddad (Iblin)
Ahmed Mohammed Hawari (Tarchiha)
Chauki Khatib (Dein Hanna)
Fawaz Turki (Haifa)
Ramy Lyvne (Tel-Aviv)
Melli Lierman (Kierun)
Sobhi Naarani (Bosmat Tir'on)
Ali Samini (Tribu Samini)
und andere ...

So sehen die Foltermethoden aus: Schläge ins Gesicht und auf alle Körperteile, Fußstritte, der Gefangene wird zu Boden geworfen und mit Feuer gequält – er muß für lange Zeit völlig unbekleidet bleiben, ihm wird eiskaltes Wasser über den nackten Körper gegossen, er wird aufrecht an eine Mauer gestellt und ihm wird verboten, sich anzulehnen – er muß für lange Zeit auf einem Bein aufrecht stehen, manchmal auf einem Tisch oder einem Betonklotz.

Es ist bekannt, daß seit Jahren Araber in israelischen Gefängnissen gefoltert werden, ohne daß dies einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wird. (d.Red.)

Die Mitglieder der GOJA – die 4 Gruppen der Angeklagten in den Prozessen von Haifa

1. Gruppe – Aburteilung am 25.2.1973

DAUD TURKI

45 Jahre, Buchhändler, führendes Mitglied der GOJA

verurteilt zu 17 Jahren

AHUD ADIV

26 Jahre, Jude (Sabra, d.h. in Israel geboren), aus dem Kibbuz Gan Schmoel, ehemaliger Fallschirmjäger der israelischen Armee. Seine politischen Aktivitäten begannen nach der Aggression von 1967. 1968, Eintritt in MATZPEN, 1970 Austritt aus MATZPEN. 1971 Anschluß an die GOJA.

verurteilt zu 17 Jahren

Die endgültige Anklage gegen Turki und Adiv lautete auf: aktive Beteiligung an einer illegalen Organisation,, Position in dieser Organisation, Arbeit für diese Organisation, Verbindung mit einem ausländischen Agenten, Gründung einer Spionageorganisation, Weitergabe von Informationen an den Fein, Einreise nach Syrien und Libanon ohne Visa.

SOBHI NA'ARANI

28 Jahre, Techniker, aus Bosmat Tir'on, 1970 Anschluß an die GOJA

verurteilt zu 10 Jahren

Anklage: aktives Mitglied einer illegalen Organisation, Kontakt mit einem ausländischen Agenten, illegal Einreise nach Syrien und Libanon.

DAN VERED

28 Jahre, Jude, Mathematiklehrer aus Tel-Aviv, 1970 Eintritt in MATZPEN, Mitglied für 1 Monat, Mitbegründer der ROTEN FRONT
verurteilt zu 15 Jahren

Anklage: wie gegen Na'arani

ANIS KAR'AWI

23 Jahre, Arbeiter, aus Schwar'am
verurteilt zu 15 Jahren

Anklage wie gegen die beiden vorigen.

SIMON HADDAD

34 Jahre, ehemaliger Lehrer aus Iblin
verurteilt zu 5 Jahren

Anklage: Zugehörigkeit zu einer illegalen Organisation.

2. Gruppe – Aburteilung vom 2. bis 4.4.1973

HASSAN AGBARYE 22 Jahre, Arbeiter, aus El Fa'hm
Anklage: aktives Mitglied einer illegalen Organisation, Anwerbung der anderen Angeklagten seiner Gruppe, Beziehungen zu AL FATHA

RAMI LIVNE 27 Jahre, Jude aus Tel–Aviv, Sohn von Abraham Livne (Livenbraun), Abgeordneter der israelischen Kommunistischen Partei.

Anklage: Kontakt mit einem Mitglied den AL FATHA und unterlassen der Anzeige dieses Tatbestandes, Besitz einer Zeitschrift einer illegalen Organisation (der DEMOKRATISCHEN VOLKSFRONT FÜR DIE BEFREIUNG PALÄSTINAS).

MELLI LERMAN 27 Jahre, Jude aus Tel–Aviv, Programmierer bei IBM

Anklage: Kontakt mit einem Mitglied von AL FATHA und Unterlassung der Anzeige dieses Tatbestandes

HASSAN JABRIN 26 Jahre, Arbeiter aus El Fa'hm

SALAH JABRIN 22 Jahre, Anstreicher aus El Fa'hm

AHMED MASSRI 22 Jahre, Arbeiter aus Kfar Sullam

KASSEM CHAMCHUM 37 Jahre, Mechaniker aus Haifa

Anklage: Vorbereitungen zur Teilnahme an einer illegalen Organisation, prinzipielle Zustimmung zur Organisation, Unterlassung der Anzeige dieses Tatbestandes.

3. Gruppe – Aburteilung vom 25. und 30. April und 2. und 13. Mai 1973

YOUSSEF NASSER 22 Jahre, Arbeiter

HASSAN ASSLA 28 Jahre, Arbeiter

OMAR ASSLA 28 Jahre, Arbeiter

ALI SAMANI 26 Jahre, Buchdrucker

MOHAMMED DASSOUKI 48 Jahre, Arbeiter

NADIM SULTAN 27 Jahre, Bauer

ATEF HAMADA 31 Jahre, Arbeiter

KHALIL KASSIS

31 Jahre, Tischler

HANA SABIT

30 Jahre, Arbeiter

Anklage: Anwerbung durch Turki bzw. einem Mitglied dieser dritten Gruppe, Beteiligung an einer illegalen Organisation, Unterlassung der Anzeige.

Der Angeklagte HANA SABIT wird beschuldigt, in den Buchladen des TURKI gegangen zu sein, ihm Grüße von Kahwaji ausgerichtet zu haben, was er hätte anzeigen müssen, und eine Nachricht TURKIS an Kahwaji weitergeleitet zu haben.

4. Gruppe – Aburteilung am 21., 22., 23., 27. und 28. Mai

CHAUKI KHATIB

30 Jahre, Arbeiter, aus Dir Khana

EZEKIEL COHEN

Jude, Angestellter aus Bnei-Brak

DAVID COOPER

26 Jahre, Jude aus Bat-Yam, Arbeiter

MAHMUD SAKIFI

35 Jahre, Taxifahrer, aus Nazareth

YASSER JAMAM'A

23 Jahre, Arbeiter, aus Bak'a El Gharbye

USSAMA WAKAD

18 Jahre, Schüler, aus Nazareth

MOHAMMED KHALAF

22 Jahre, Arbeiter, aus Jat